

ZWANGSSCHIEDUNG

22. Januar 2011 23:30; Akt: 23.01.2011 00:07

Gericht trennt «abtrünnige» Eheleute

Zwangsscheidung von:
Ahmadi-Muslime

Wer im Westjordanland nicht das glaubt, was geglaubt werden soll, hat es schwer. Als Verräter am wahren Glauben gelten «anders» Gläubige und werden verfolgt. Von Zuständen wie im Mittelalter ist die Rede.



Wer als abtrünnig gilt, kann durch ein islamisches Gericht geschieden werden. (Bild: Keystone)

Über ein Jahr lang erduldeten die Eheleute, beide Mitglieder einer vielfach verfolgten islamischen Glaubensgemeinschaft, Beleidigungen und Morddrohungen. Trotz allem versuchten Mohammed und Samah Alawneh aus Tulkarem im Westjordanland, ihr unauffälliges Leben weiterzuführen. Doch es kam noch schlimmer. Ein islamisches Gericht am Ort brandmarkte sie als «Abtrünnige» und löste ihre Ehe auf. Sie strandeten in einem rechtlichen Niemandsland.

Ihr Schicksal wirft ein Schlaglicht auf die Spannungen zwischen einer nach wie vor konservativen palästinensischen Gesellschaft und einer Führung, von der die Welt erwartet, dass sie für demokratische Freiheit sorgt. Die Regierung von Präsident Mahmud Abbas wird von säkularen Eliten dominiert und geht regelmässig hart gegen Anhänger der rivalisierenden radikalislamischen Hamas vor.

Die Autonomiebehörde hat aber auch gezeigt, dass ihre religiöse Toleranz Grenzen hat. Seit Ende vorigen Jahres hält die Polizei einen atheistischen Blogger in Gewahrsam, weil er den Islam beleidigt haben soll. Die Alawnehs gehören der Ahmadiyya-Gemeinschaft an, einer Minderheit, die in der islamischen Welt vielfach als Verräter am wahren Glauben betrachtet und verfolgt wird. Einem weiteren Ehepaar - er ist Ahmadi, sie Sunnitin - blüht das gleiche Schicksal. «Als ob wir immer noch im Mittelalter lebten», sagt der 35-jährige Mohammed Alawneh. «Die entscheiden, ob du ein Gläubiger bist oder nicht. Ob du in den Himmel oder in die Hölle kommst. Ob du ein Abtrünniger bist.»

Ziviltrauung unbekannt

Ihre Glaubensgemeinschaft wurde Ende des 19. Jahrhunderts gegründet und hat weltweit schätzungsweise vier Millionen Mitglieder. Die meisten Ahmadis leben in Südasien, viele aber auch in Afrika und Europa. Auch in Deutschland gibt es mehrere Gemeinden. Unter den 2,5 Millionen überwiegend sunnitischen Einwohnern des Westjordanlands sind nach Angaben von Gemeindevorsteher Scheik Mohammed Scharif einige Dutzend Konvertiten.

Die Alawnehs waren vor sechs Jahren unabhängig voneinander zur Ahmadiyya übergetreten und hatten 2009 geheiratet. Als sich ihr Wechsel herumsprach, wurden sie beschimpft und von muslimischen Predigern mit dem Tod bedroht. Mohammeds

Familie versties sie. Bei der Arbeit an der Universität wird Samah von Kollegen geschnitten. Voriges Jahr beschuldigte sie ein Ankläger beim örtlichen islamischen Gericht - das im Westjordanland für Eheschliessungen und Scheidungen zuständig ist - des Abfalls vom rechten Glauben. Im August wurden sie schuldig gesprochen und zwangsweise geschieden: Das Gericht löschte sie aus dem Ehestandsregister, weil sie keine Muslime mehr seien.

Zivilrechtliche Trauungen gibt es im Westjordanland nicht; Ehen müssen vor einem islamischen Gericht oder einer christlichen Kirche geschlossen werden. Damit hätten die beiden keine Chance, jemals im Westjordanland ihre Ehe rechtsgültig absiegeln zu lassen, sagte ihr Anwalt Gandi Rabai. Sie könnten zum Heiraten ins Ausland fahren, versuchten bislang aber, ihr Recht vor palästinensischen Gerichten zu erstreiten. Nach jetzigem Stand jedenfalls werden sie ihr erstes Kind, das sie erwarten, nicht beim Innenministerium anmelden können - das bedeutet, dass das Kind keine öffentliche Schule besuchen und keine medizinische Versorgung in Anspruch nehmen kann. Zudem gälte es als unehelich.

Notfalls bis zum letzten Instanz

Dem für die Gerichte zuständigen Religionsminister der Autonomiebehörde, Mahmud Habbasch, fällt auch keine Lösung für das Problem der Alawnehs ein. Er könne sich in gerichtliche Dinge nicht einmischen, erklärt er. Ein Berufungsgericht hob das ursprüngliche Urteil inzwischen auf und verwies den Fall an die untere Instanz zurück; die Neuverhandlung soll laut Anklagebehörde diesen Monat beginnen. Die Alawnehs wollen bis zum Obersten Gerichtshof gehen, wenn es sein muss. Sie fürchten einen gefährlichen Präzedenzfall nicht nur für religiöse Minderheiten, sondern auch für nicht praktizierende Muslime erfassen. «Wenn sie damit anfangen, Leute zu Abtrünnigen zu erklären, kann jeder jeden beschuldigen», sagt Samah Alawneh. «Die können mein Herz nicht aufbrechen und nachschauen, ob ich glaube oder nicht.»

Text: Mohammed Daraghmech und Daa Hadid, AP

(dapd)